

Transferveranstaltung am 19. und 20. Mai 2009 in Zwickau: „Gründerzeitquartiere – Zwischen Stagnation und Innovation?“ Zusammenfassender Bericht



Am 19./20.05.2009 führte die Bundestransferstelle Stadtumbau Ost in Zwickau eine Transferveranstaltung zum Thema „Gründerzeitquartiere – zwischen Stagnation und Innovation“ durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 60 Stadtumbauexperten aus Kommunen, dem Bereich der Wohnungswirtschaft sowie Landes- und Bundesministerien teil. Im Fokus der Veranstaltung standen insbesondere die einfacheren Gründerzeitquartiere, die aufgrund ihrer baulichen Dichte, ihrer Durchmischung mit Gewerbefunktionen sowie ihrer vergleichsweise schlichten architektonischen Gestaltung in den zurückliegenden Jahren oft nicht Schwerpunkt der Stadtentwicklung waren und heute oftmals sehr schwierige Marktperspektiven aufweisen.

Ziel der Transferveranstaltung war es, die Möglichkeiten und Grenzen der innerstädtischen Bestandsentwicklung sowohl aus der Sicht der unterschiedlichen Akteursgruppen als auch unter Berücksichtigung bestehender Nachfragepotenziale zu reflektieren. Dazu wurden auch innovative Ansätze der Eigentümeraktivierung vorgestellt sowie der Einsatz vorhandener Steuerungsinstrumente diskutiert.

19. Mai 2009: Einführung in die Thematik und Exkursion durch Zwickau

In seinen einführenden Worten zur Eröffnung der Veranstaltung ging **Manfred Hilgen** vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf die Perspektiven der künftigen Fortführung des Programms Stadtumbau Ost ein. Er verwies dabei auf die Steuerungsmöglichkeiten der Länder bei der konkreten Ausgestaltung des Programms. Zudem ging Herr Hilgen darauf ein, dass der Rückbau von Wohnungen sich in den nächsten Jahren schwieriger werde und sich deshalb vermutlich das ‚Rückbau-Tempo‘ deutlich verlangsamen werde. Daraus ließen sich Möglichkeiten für eine stärkere Fokussierung auf die Aufwertung ableiten, die gerade für die weitere Stabilisierung der Gründerzeitgebiete neue Chancen eröffnen könnten. Besonders wichtig dafür sei

allerdings eine stärkere Eigentümeraktivierung, bspw. im Rahmen des neuen Ansatzes von Eigentümerstandortgemeinschaften.

Thomas Pirrong sprach als Vertreter des sächsischen Innenministeriums anschließend für das gastgebende Land Sachsen. Er betonte, dass das Programm Stadtumbau Ost in Sachsen in den zurückliegenden Jahren durchaus eine Erfolgsgeschichte sei. Allerdings stellten die hohen Leerstände in unsanierten leerstehenden Beständen der Gründerzeit derzeit das größte Problem im Stadtumbau dar. Einen wichtigen Erfahrungszugewinn erwarte sich das Land, daher von dem neuen ExWoSt-Vorhaben der Eigentümerstandortgemeinschaften an dem immerhin drei sächsische Kommunen teilnehmen. Zudem verwies Herr Pirrong darauf, dass der Freistaat Sachsen ab 2010 die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen ohne kommunalen Eigenanteil wieder in das Programm aufnehmen werde.

Ulrike Hagemeister stellte anschließend kurz die Hintergründe und Ziele der Veranstaltung vor. Sie verwies insbesondere auf die drei inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Veranstaltung, das Engagement der Eigentümer in der Gründerzeit, die Nachfragepotenziale und die Steuerungsoptionen und Handlungsmöglichkeiten in den gründerzeitlichen Quartieren.

Der folgende inhaltliche Block der Veranstaltung war der gastgebenden Stadt Zwickau vorbehalten. Der Bürgermeister für Wirtschaft und Bauen der Stadt, **Rainer Dietrich**, stellte in seinem Beitrag die Stadtumbaustrategie der Stadt Zwickau vor. Er betonte eine deutliche Fokussierung auf den Rückbau von außen nach innen. In der Stadt mit derzeit noch 95.000 Einwohnern seien seit 2002 rund 7.000 Wohnungen abgerissen worden. Trotzdem habe der Abriss im Plattenbaubestand am Stadtrand nicht dazu geführt, dass sich Leerstände in den innerstädtischen Gründerzeitquartieren in den letzten Jahren deutlich verringert haben. Für die Entwicklung der Gründerzeitgebiete besonders wichtig sei jedoch die weitgehende Ausweisung als Sanierungsgebiete bereits seit Anfang der 1990er Jahre. Damit, so Dietrich, konnten frühzeitig umfangreiche private wie auch öffentlich geförderte Investitionen in den zu DDR-Zeiten teilweise für den flächenhaften Abriss vorgesehenen Gründerzeitquartieren angestoßen werden.

Die Aussagen von Herrn Dietrich wurden anschließend durch Kommentierungen der Herren Steinke (Sanierungsträger in der Nordvorstadt) und Dr. Ungethüm (Vorsitzender des Landesverbandes Haus & Grund Sachsen und gleichzeitig Mitglied des Zwickauer Stadtrates) sowie durch Herrn Pfefferkorn, Leiter des Bauplanungsamtes Zwickau, untersetzt.

Für die Nordvorstadt, stellte Herr Steinke beispielhaft die Investitionen dar, die seit Beginn der 1990er Jahre mit Hilfe unterschiedlicher Förderinstrumente realisiert werden konnten. Dabei habe neben den Förderinstrumenten der Städtebauförderung auch die Aufnahme in das EU-Programm URBAN 1 eine große Rolle gespielt. Damit konnten beispielsweise Sanierungen des alten Stadtbades oder des auch für die Transferveranstaltung genutzten alten Gasometers ermöglicht werden. Insgesamt hätten die innerstädtischen Stadtquartiere seit Beginn der 1990er Jahre eine sehr deutliche Aufwertung erfahren und verzeichneten als einzige Stadtquartiere in Zwickau wachsende Einwohnerzahlen. Dennoch liege die Leerstandsquote bspw. in der Nordvorstadt noch bei etwa 14,6 Prozent. Herr Dr. Ungethüm und Herr Pfefferkorn gingen daher in ihren Statements auf die Frage ein, in welcher Form in Zukunft noch weitere Sanierungen erfolgen können. Gerade die weitere Prioritätensetzung auf besonders zentrale Entwicklungsbereiche wurde dabei als unerlässlich dargestellt. Im Gegenzug seien in Randbereichen Situationen denkbar, die perspektivisch und punktuell auch zu einem Nachdenken über eine Reduzierung des Bestandes – im Interesse des Erhalts kompakter Stadtstrukturen - Anlass geben. Probleme bereiten - wie in vielen anderen Städten auch - durch Verkehr stark belastete Straßenzüge. Auch wenn diese derzeit baulich noch weitgehend intakt seien, müsse künftig eine Lösung gefunden werden, die verhindert, dass die Gebäude aufgrund unterbleibender Investitionen dem weiteren Verfall preisgegeben sind.

Die Ausführungen der Impulsreferate wurden in der folgenden Exkursion in die beiden Gründerzeitgebiete Nordvorstadt und Bahnhofsvorstand sowie die Innenstadt mit konkreten persönlich erlebbaren Eindrücken untersetzt.

20. Mai 2009: Vorträge und Diskussionsrunden



Einführend referierte **Christoph Haller** als Vertreter der Bundestransferstelle den aktuellen Forschungsstand zur Thematik der Gründerzeitgebiete im Stadtumbau. Er stellte in seiner Präsentation heraus, dass die Gründerzeitgebiete in ostdeutschen Städten hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen und Potenziale sehr stark differenziert zu betrachten sind. Durch Ausführungen über unterschiedliche Bestands- und

Strukturdaten, Erhaltungs- und Bewirtschaftungsstrategien der Eigentümer sowie Entwicklungsperspektiven unterschiedlicher Typen von Gründerzeitgebieten verdeutlichte er diesen Differenzierungsbedarf. Insgesamt, so führte Herr Haller aus, sei der Wohnungsleerstand in den Gründerzeitgebieten der ostdeutschen Städte überdurchschnittlich und der Sanierungsstand unterdurchschnittlich. Aber hier gebe es eine große Bandbreite von unterschiedlichen Ausgangsbedingungen. Grob systematisierend könne man unterscheiden in

- a) Weitgehend konsolidierte Gebiete, in denen eine i.W. selbsttragende Entwicklung erwartet wird.
- b) Gebiete mit vorrangiger Handlungspriorität, bei denen der Erhalt im Vordergrund steht.
- c) Gebiete mit größerem Umstrukturierungsbedarf, bei denen es um den Erhalt von Kernbereichen bei gleichzeitiger Umstrukturierung und Rückbau nicht mehr marktfähiger Bestände geht.

Entscheidend für den Erfolg von Aufwertungsprozessen in jenen Quartieren, die bislang noch in ihrer Entwicklung stagnieren, sei auch die Einbeziehung der privaten Einzeleigentümer, die meist den größten Teil der Gebäude bewirtschaften. Die differenzierte Eigentümerstruktur sowie die insgesamt rückläufige bzw. stagnierende Investitionstätigkeit bedingten einen erheblichen Mehraufwand (im Vergleich zum Stadtumbau in Plattenbaugebieten) bei der Koordination der Stadtumbaumaßnahmen. An dieser Stelle setzen innovative Strategien zur eigentümerübergreifenden Kooperation an, die Herr Haller zur Einführung in die Tagung zusammenfassend kurz vorstellte.

Anschließend fasste **Herr Pfefferkorn** kurz seine Eindrücke von der Exkursion am Vortag zusammen und reflektierte diese vor dem thematischen Hintergrund der Transferveranstaltung.

BLOCK I

Der erste Themenkomplex der Transferveranstaltung beschäftigte sich zunächst mit dem Engagement der Eigentümergruppen in den gründerzeitlichen Quartieren ostdeutscher Kommunen sowie anschließend mit Steuerungsoptionen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit diesen Beständen. Thematisiert wurden das im Wesentlichen von der Nachfrage abhängige Investitionsverhalten privater Eigentümer und von Wohnungsunternehmen, die Refinanzierbarkeit von Sanierungsmaßnahmen im gründerzeitlichen Bestand sowie die Entwicklung dieser Quartiere vor dem Hintergrund der Konkurrenzen mit anderen Beständen bzw. Teilmärkten.

Den ersten Vortrag im Block I hielt **Ludger Baba**, empirica AG Berlin, zum „Investitionsverhalten privater Eigentümer – Das Beispiel Halle“. Er verwies zunächst darauf, dass 20 % der innerstädtischen Altbaubestände in der Hand privater Eigentümer seien, etwa 80 % dieser Gebäude seien nach Angaben der Eigentümer bereits (teil-)saniert. Die kommunalen Gesellschaften seien mit 14 % Eigentum in diesen Beständen jedoch ebenfalls wichtige Akteure, hätten aber im Vergleich zu den privaten Eigentümern deutlichen Nachholbedarf bei der Sanierung. Diese Tatsache biete entsprechenden Spielraum für die Kommunen, zukünftig deutlich stärker Verantwortung für die gründerzeitlichen Quartiere zu übernehmen, so Baba. Im Falle von wirtschaftlich „toten“ Gebäuden („Schrottimmobilien“) sei stärker zu hinterfragen, inwieweit es realistisch ist, von privaten Eigentümern mehr Übernahme von Verantwortung einzufordern, da aufgrund der hohen Belastung selbst die Kommunen diese Gebäude nur selten übernehmen wollten. Anschließend thematisierte Baba die anstehenden demographischen Herausforderungen für die innerstädtischen Wohnquartiere am Beispiel der Stadt Halle (Saale). Auch wenn die Gründerzeitquartiere derzeit noch von einer hohen Ausbildungsplatzzuwanderung (überwiegend aus den neuen Bundesländern) profitierten, so rückten doch die geburtenstarken Jahrgänge zunehmend in das Alter der Familiengründung, das Potenzial der Arbeitsplatzabwanderer und Wohnumlandwanderer nehme deshalb zu. Um diese Bewohnergruppen in den gründerzeitlichen Beständen zu halten, müssten verstärkt „Bleibestrategien“ entwickelt werden. Dazu sei eine bedarfsorientierte Bestandsentwicklung unter Einbindung der Eigentümer zwingend notwendig. Im Vorfeld müsse allerdings eine umfassende Analyse der Investitionsneigung der einzelnen Eigentümergruppen erfolgen, die individuelle sowie übergeordnete Hemmnisse berücksichtigt und auf deren Basis dann in Kooperation mit den Eigentümern realistische Quartiersperspektiven entwickelt werden. Für ausstiegswillige Eigentümer müsse ein entsprechender Transaktionsmarkt gefördert werden, der den Verkauf an spekulative Investoren obsolet macht und Handlungsspielraum für die bedarfsgerechte Bestandentwicklung ermöglicht. Auch die kommunalen Wohnungsunternehmen sollten stärker in die Entwicklung und Umsetzung einer Quartiersstrategie eingebunden werden.

Den zweiten Vortrag zum Engagement der Eigentümer hielt **Marcel Sonntag**, Geschäftsführer der Städtischen Wohnungsgesellschaft Freiberg (SWG), zu den Möglichkeiten und Grenzen des Engagements eines kommunalen Wohnungsunternehmens für die innerstädtische Bestandsentwicklung. Seine Ausführungen bezogen sich auf das Beispiel der Erweiterten Bahnhofsvorstadt in Freiberg, ein gründerzeitliches Quartier mit ca. 3.000 WE, von denen knapp 700 WE (12%) zum Bestand der SWG Freiberg gehören. Die Portfoliostrategie seines Unternehmens habe beim Engagement im Gründerzeitbestand vor allem das Ziel, ein ausgewogene Bestandsstruktur mit Sicht auf eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu

gewährleisten, ein adäquates Wohnungsangebot für die allermeisten Nachfragegewohnheiten und Zielgruppen vorzuhalten sowie Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage innerhalb des eigenen Portfolios ausgleichen zu können. Dazu werden mehrere Strategien parallel umgesetzt: der Verkauf, die Bestandssanierung, die Initiierung von Immobilienfonds zur Mobilisierung privaten Kapitals sowie eine nachfragegerechte Bestandsentwicklung und –erweiterung, die neben Maßnahmen der Gebäudesanierung und Wohnumfeldgestaltung auch den Abriss von Wohngebäuden oder Sicherungsmaßnahmen beinhaltet. Grenzen für die Wohnungswirtschaft bei der Gebäudesanierung liegen aus der Sicht von Sonntag insbesondere in den geringen Mieteinnahmen, da derzeit fast 60 % der Investitionskosten nicht durch die Miete finanziert werden könnten. Lösungsansätze sieht er in einer Ausweitung der Fördermaßnahmen, der Stärkung des Eigenkapitals sowie der Lockerung von Denkmalaufgaben.

Dr. Bertram Schiffers analysierte anschließend unter dem thematischen Fokus von „Steuerungsoptionen und Handlungsmöglichkeiten in den gründerzeitlichen Quartieren“ in seinem Vortrag zu Verfügungsrechten im Stadtumbau die Wechselwirkungen zwischen Immobilienmarkt und staatlichen Eingriffen in Form von politischen Förderprogrammen und rechtlichen Rahmenseetzungen. Dazu analysierte er das Zusammenspiel von Nutzungsrechten der Mieter, den Verfügungsrechten wie z.B. Bau- und Veränderungsrechten der Eigentümer und dem Zinsanrecht der Banken. Zentrale Fragen waren dabei, wie der Immobilienmarkt in Altbauquartieren auf Leerstand und Verfall reagiert, wie die Verfügungsrechte auf die Akteure verteilt sind und welche Handlungsmuster sich daraus ableiten lassen. Darauf aufbauend ging es darum, welche Instrumente geeignet sein können, um den Stadtumbau besser zu steuern. Am Beispiel der Mittelstadt Zeitz (Sachsen-Anhalt) beschrieb er drei typische Handlungsmuster der Akteure auf dem Wohnungsmarkt: Verbleiben, verwerten und verfallen lassen. Insgesamt, so Schiffers, würden rein bauliche Maßnahmen zu kurz greifen, beim Stadtumbau müsste auch das Verhalten von Mietern und Banken stärker in Betracht gezogen werden. Notwendig seien zudem eine stärkere räumliche Steuerung und Bündelung der Ressourcen sowie die Erweiterung der Akteurskulisse, indem neben den Hauseigentümern auch Makler, Hausverwalter, Anlagevermittler und Banken stärker in den Stadtumbau einbezogen werden, um Blockadesituationen zu vermeiden. Aber auch die jeweilige Stadt müsse ihre Rolle im Stadtumbauprozess klar definieren und aktiv die Kommunikation und Koordination gestalten.

Anschließend stellte **Julia Lerz**, Mitarbeiterin des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig in ihrem Vortrag die ‚Eigentümerinitiative Bülowviertel Leipzig‘ vor. Die Initiative ist ein Modellprojekt im Rahmen des ExWoSt-

Forschungsfeldes ‚Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau‘, in der sich verschiedene Eigentümer des Gründerzeitquartiers im Leipziger Osten, darunter auch das kommunale Wohnungsunternehmen zusammengeschlossen haben, um gemeinsam Strategien für den Umgang mit Sanierungsstau und Wohnungsleerstand im Viertel zu entwickeln. Frau Lertz stellte das Konzept und die Vorgehensweise zur Gründung der Initiative vor und beschrieb erste Erfolge bei der Umsetzung. Thematisiert wurden auch die Schwierigkeiten bei Kommunikation und Aktivierung der Eigentümer sowie die Notwendigkeit, Anreize zu schaffen, um das Interesse der Beteiligten in tatsächliche Mitwirkungsbereitschaft zu verwandeln.

BLOCK II

Im Block II der Transferveranstaltung fanden zu den vorangegangenen Vorträgen moderierte Diskussionsrunden statt, in denen die angesprochenen Fragestellungen, Problemkonstellationen und Handlungsansätze intensiv diskutiert wurden.

BLOCK III

Nach der Mittagspause startete der dritte der Teil der Transferveranstaltung, der dem Themenschwerpunkt „Nachfragepotenziale in der Gründerzeit“ gewidmet war. Zum Auftakt dieses Themenblocks berichtete **Martin Karsten** von der FORUM GmbH aus Oldenburg über ein weiteres Modellprojekt im ExWoSt-Forschungsfeld ‚Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau‘, das Projekt im Bremerhavener Stadtteil Lehe. In diesem gründerzeitlich geprägten Stadtteil stehen ca. 1.700 Wohnungen leer, mit steigender Tendenz. Hinzu kommt eine schwache Sozialstruktur mit einem hohen Migrationsanteil. Im Rahmen des ExWoSt-Projektes sollen die Aktivitäten der Eigentümer und der Kommune gebündelt werden mit dem Ziel, ein gemeinsames Handlungskonzept zu erstellen. Allerdings hätten sich, so Karsten, in dem flächenmäßig sehr ausgedehnten Stadtteil bislang nur vergleichsweise wenige Eigentümer zu einer Mitwirkung bereit erklärt. Dabei handele es sich teilweise auch um Besitzer einzelner Eigentumswohnungen, die ohne Mehrheitsbeschluss ihrer jeweiligen Eigentümergemeinschaft nur eingeschränkt handlungsfähig seien. Weiterhin handele es sich um zumeist ältere Eigentümer, die schon seit Jahr(zehnt)en im Gebiet ansässig sind und sich nur bedingt für neue strategische Konzepte motivieren lassen. Die Aktivierung weiterer mitwirkungsbereiter Eigentümer stehe deshalb hier im Vordergrund der Bemühungen. Parallel sei bereits eine komplexe Organisationsstruktur aufgebaut worden, die sich durch eine gute Vernetzung mit anderen lokalen Initiativen auszeichne. Ein zentrales Handlungsfeld der ESG Lehe sei die Gewinnung neuer Bewohnergruppen für den Stadtteil. Hier stünden Mitarbeiter nahe gelegener Forschungseinrichtungen, Studierende sowie Lehrer als Zielgruppe im Fokus der Bemühungen.

Im zweiten Referat des Nachmittags stellte **Petra Wesseler**, Baudezernentin aus Chemnitz, die differenzierten Strategien der Stadt für die Entwicklung der Chemnitzer Gründerzeitgebiete vor. Sie betonte zum Einstieg, dass die Gründerzeitgebiete im gesamtstädtischen Kontext nicht isoliert betrachtet werden dürften. In Chemnitz sind die entsprechenden Stadtteilkonzepte eingebettet in das integrierte gesamtstädtische Entwicklungskonzept (SEKo). Anhand unterschiedlicher Entwicklungslinien und völlig gegensätzlicher Nachfragepotenziale in den beiden Gebieten „Kaßberg“ und „Sonnenberg“ stellte Frau Wesseler die Bandbreite der derzeitigen Rahmenbedingungen in den Chemnitzer Gründerzeitgebieten vor. Problematisch seien vor allem die großen, stark befahrenen Ausfallstraßen, für die es keine Perspektive einer Wohnnutzung gebe. Bei Abriss der vorhandenen Bebauung entsünden aber zum einen durch Fragmentierung des Stadtbildes und Perforation der geschlossenen Baustrukturen neue städtebauliche Missstände, zum anderen steige die Lärmbelastung für die dahinter liegenden Wohngebäude, da die bisherige Bebauung als Schallschutz-Barriere wegfallen. Aus diesen Gründen werde der bislang praktizierte Abriss von gründerzeitlicher Bausubstanz in Chemnitz kontrovers diskutiert. Es bestehe jedoch Einvernehmen darüber, die Wohnungsnachfrage auf die im Zusammenhang erhaltenswerten stadtnahen Quartiere zu lenken. Dazu werde eine große Breite von Instrumentarien erprobt und umgesetzt: Bau von neuen „Stadthäusern“, Vermittlungstätigkeit der Agentur „StadtWohnen“, Etablierung von Wächterhäusern, Entwicklung von Eigentümerstandortgemeinschaften, Ausbau von generationenübergreifenden Wohnformen, Altschuldenentlastung bei Sanierung, Steuerung von Modellprojekten, Akzeptanz von Zwischennutzungen sowie Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum wurden hier von Frau Wesseler als Beispiele genannt.

Das dritte Referat in der Nachmittagsrunde, „Chancen und Grenzen von Initiativen zur Aktivierung der Wohnungsnachfrage und Wohneigentumsbildung“, wurde vom Leiter des Selbstnutzer-Kompetenzzentrums für Wohneigentum GmbH, **Christoph Scheffen**, anhand von Beispielen aus der Leipziger Selbstnutzer-Initiative vorgestellt. Er betonte die Chancen solcher Projekte, die sich durch Selbstorganisation und Bündelung der Finanzkraft für viele interessierte Haushalte als ein Baustein ihrer eigenen Selbstverwirklichung erweisen. Die Selbstnutzer-Initiative Leipzig habe bislang 356 Familien in zahlreichen Baugruppen bei der Suche nach einem neuen Heim unterstützt. Der Prozess laufe dabei in mehreren Schritten ab: Von der Planungs GbR über die Bauherren-GbR hin zur Wohneigentümergeinschaft bzw. zum Realeigentum (bei den einzelnen Stadthäusern). Scheffen betonte, dass durch den Bau von Stadthäusern zahlreiche Baulücken in innerstädtischen Gründerzeitgebieten geschlossen werden konnten. Zusätzlich seien eine Reihe von Gründerzeit-Gebäuden durch gemeinschaftliche

Sanierung im Rahmen des Selbstnutzer-Modells wieder einer Nutzung zugeführt worden. Dabei verstehe sich das Kompetenzzentrum als zentrale Anlaufstelle für alle interessierten Selbstnutzer und biete dazu verschiedene Angebote (Internetplattform und Newsletter, Besichtigungen, Bustouren, Öffentlichkeitsarbeit, neutrale Beratung). Das Modell zeichne sich dadurch aus, dass hier öffentliche Fördermittel für die Finanzierung von Beratungsangeboten verwendet werden, durch die dann wiederum private Investitionen angestoßen werden. Herr Scheffen sprach in diesem Zusammenhang von einem „Tandem-Modell“ zwischen kommunaler Verwaltung und privaten Investoren.

In ihrem abschließenden Kommentar fassten Mathias Metzmacher vom BBSR und Anja Röding vom BMVBS die Ergebnisse der Veranstaltung zusammen. Sie wiesen auf den bevorstehenden Bundestagsbeschluss zur Fortsetzung des Programms Stadtumbau Ost hin und betonten, dass der Bund hier weiterhin die Rahmenbedingungen festlegen werde, während die konkrete Ausgestaltung der Stadtumbaumaßnahmen in der Hand der Länder sowie der Kommunen vor Ort liege. Sie wiesen weiterhin auf die nächste Transferveranstaltung hin, die am 15. September 2009 als Kooperationsveranstaltung der Transferstellen Stadtumbau West und Ost in Fulda stattfinden wird.